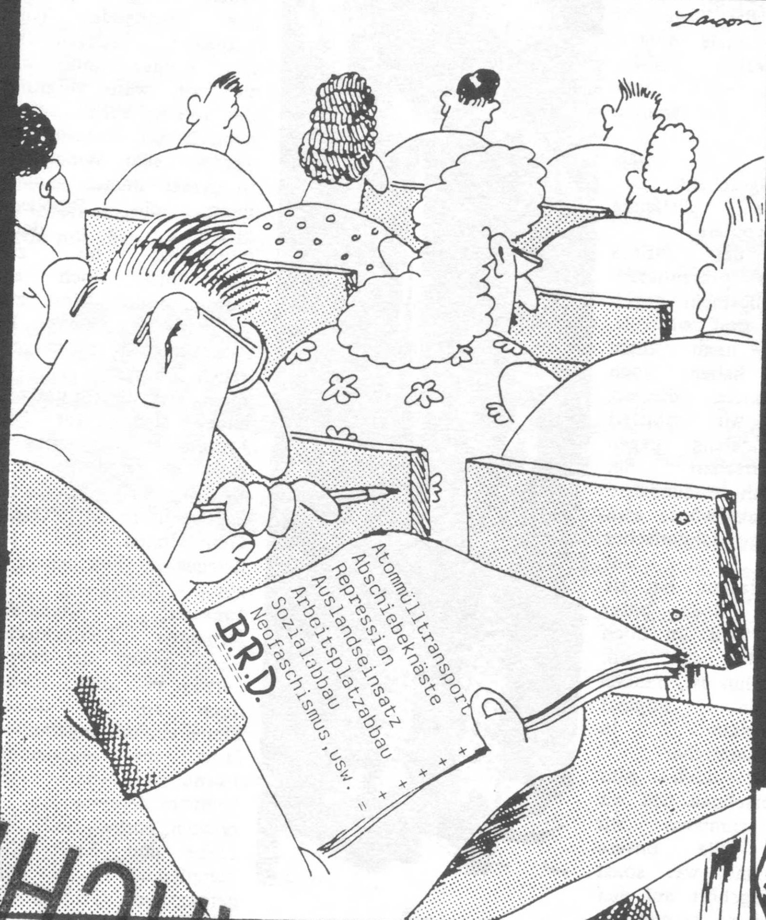
ANTIFA JUGENDINFO

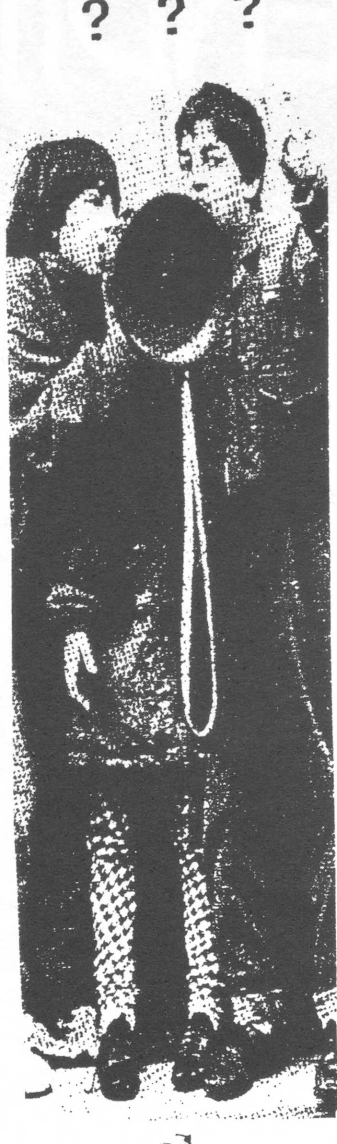
50 PFÄNNICH

Antifaschistsiche Jugendzeitung Ausgabe Hamburg
Nummer 15 Mai 1996 für SchülerInnen gratis!



Herausgegeben von der AJF Hamburg organisiert
in der Antifaschistischen Jugend/Bundesweiter Zusammenschluß





Hurra hurra! Die Jugendfront ist wieder da! Ja lang, lang ist's her seit dem es das letzte Jugendinfo gab. Aber, sozusagen fresh back from da phat underground, sind wir nach nunmehr rund zwei Jahren der Selbstreflexion wieder an das Tageslicht gekommen. Viele mögen uns vergessen haben, einige uns noch nicht kennen und so wollten wir Euch eigentlich - sozusagen als Begrüßungsgeschenk - die erste vollständig computerlayoutete Ausgabe des Antifa Jugendinfos präsentieren. Da wir allgemein gegen Herrschaft sind, wie die, die uns noch nicht vergessen haben noch vage erinnern dürften, kämpften wir erbittert und monatelang gegen die Herrschaft der Technik. Sah es zunächst so aus, als würde sich ein halbwegs solidarisches Verhältnis zu ihr aufbauen lassen, hat sie uns dann doch bitter enttäuscht und im Stich gelassen. Aber da Punk ja wieder hip ist, fanden wir ein original Schnippellayout in gruppendynamischer Herstellung doch ganz dufte. Vorschnell wie wir waren, schmissen wir allerdings alle unsere Scheren und was sonst noch dazugehört auf den Müll, und so kommt es, daß das alles 'ne Ecke länger gedauert hat.

Nun, in der Zwischenzeit ist viel passiert, auch wenn das meiste beim alten geblieben ist, there is no justice, just us, und wir haben es versäumt, dazu Stellung zu beziehen. Durch den Kampf mit der Technik haben einige Themen ihre brennende Top-Aktualität verloren (so flog einiges raus, was dies war wäre aufgrund der verstrichenen Zeit zu peinlich um erwähnt zu werden) aber Widerstand ist leider immer aktuell, denn die Probleme bleiben ja doch (zumindest bis zur Revolution). Noch ein aufmunterndes Wort zur gesamten Linken: Es kann nur noch bergauf gehen, bergab geht es nicht viel tiefer und so haben sich sogar "die Autonomen" vermehrt: Laut VS sind wir von 400 auf 410 ChaotInnen angewachsen: Hallo GenossInnen, die offiziellen Feierlichkeiten zur Begrüßung in "unserer" wiederaufbauten Terrorzentrale Flora haben sich etwas verzögert und stehen noch an. In diesem Sinne: einem angenehmen Sturz ins Sommerloch (wenn denn die Frühjahrsdepressionen endlich vorbei sind), viel Liebe und Kraft allen kämpfenden und gefangenen GenossInnen, die letzte Schlacht gewinnen wir!

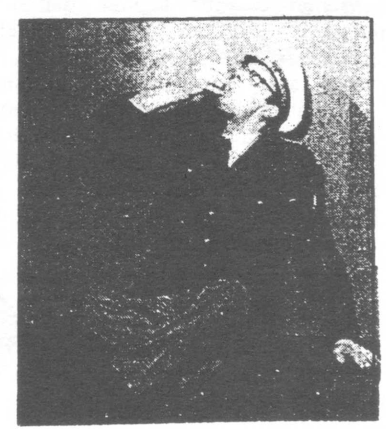
Eure AJF

INHALT

IMPRESSUM

Das Antifa-Jugendinfo Hamburg wird herausgegeben von der Antifa-Jugendfront, organisiert in der Antifaschistischen Jugend/Bundesweiter Zusammenschluß. Erscheinungsweise unregelmäßig als Eigendruck im Selbstverlag. Die VerteilerInnen sind für den Inhalt nicht verantwortlich.

V.i.S.d.P.: Sven Hansen über Redaktionsadresse und die kennt eh schon jede/r: Antifa-Jugendinfo c/o Schwarzmarkt Kl. Schäferkamp 46 20357 Hamburg.





Castor Nr. 2 in Gorleben angekommen

Bericht über die Ereignisse der Tage von Anfang Mai bis zum Tag X²

Ja, ja, da ist es mal wieder zu sehen: Steine schmeißende ChaotInnen, die Barrikaden bauen und nichts anderes im Kopf haben außer Randale. Und die armen PolizistInnen, die von so weit angereist sind und doch nur den Job haben, den Rechtsstaat zu verteidigen und das Recht auf Demonstrationsfreiheit zu sichern. Die Hetze - sowohl in den Printmedien als auch im Fernsehen - nimmt kollektives Springerniveau an. Berichtet wird von einer Mischung aus steinewerfenden ChaostagebesucherInnen und nicht zurechnungsfähigen HALBSTARKEN, die mit ihrer Art der Gewalt die pazifistisch gesinnten CastorgegnerInnen der von ihnen provozierten Polizei aussetzt, welche dann auch ab und zu mal etwas härter gegen friedliche DemonstrantInnen vorgehen muß.
Was durch diese Art der Öffentlichkeitstäuschung erreicht werden soll, ist klar: die Spaltung des breiten Widerstandes in der freien Republik Wendland.

Bevor wir auf die Ereignisse vor und während des Tages X² eingehen werden, nur noch das Eine: Wenn Menschen es für legitim halten, sich militant gegen HERRschende Verhältnisse zur Wehr zu setzen, dann ist das eine Entscheidung, die sie mit zu verantworten haben und ihnen zusteht. (Bezüglich des Widerstandes im Wendland finden es nicht nur die sogenannten militanten Autonomen dufte, wenn hier und da mal ein Strommast auf die Schienen fällt.)







Desweiteren sind PolizistInnen und sie alleine dafür verantwortlich, wenn sie Leuten mit Schlagstöcken die Schädeldecke einschlagen und nicht die bösen ChaotInnen, die sie zu solch einer Handlung provozieren.

Nun denn, am ersten Maiwochenende ging es dann also los. Aus der ganzen BRD und aus einigen anderen europäischen Ländern reisten AtomkraftgegnerInnen an, um gegen den Transport des Castorbehälters, welcher mit hoch radioaktivem Inhalt von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in das Zwischenlager Gorleben transportiert wurde, zu demonstrieren. So sammelten sich dann auch an die zehntausend Menschen bei einer Anti-Castor-Demo im Wendland am Samstagmittag.



Desweiteren wurde das Hüttendorf Castornix in unmittelbarer Nähe des Verladekrans, wo der Castor von den Gleisen auf einen LKW verladen werden sollte, errichtet. Im Vorfeld waren schon mehrere Sabotageaktionen an Bahnstrecken der Deutschen Bahn verübt worden, so daß die Herrschenden befürchten mußten, mit breiten und vielfältigen Arten von Widerstand konfrontiert zu werden. So wurden dann auch zur Durchsetzung des Castortransportes sage und schreibe 19 000 PolizistInnen eingesetzt. Denen ge-



lang es jedoch nicht, im Vorfeld alle Aktionen gleich zu unterbinden. So besetzten fast stündlich irgendwo im Landkreis Lüchow-Dannenberg Menschen Straßen, Gleise, Brücken und sonstige wichtige Punkte. Die verschiedensten Formen des Widerstandes gegen die Atommafia wurden auf die Straße getragen. Das ging von einfachen Straßenblockaden über Sonnenblumenkernepflanzen bis hin zu einer militanten Auseinandersetzungen am Samstagabend zwischen AtomkraftgegnerInnen und der Polizei auf den Gleisen. Alt und jung waren auf den Straßen, Autonome, RentnerInnen, Bauern/Bäuerinnen, Hippies, normale BürgerInnen usw. um sich gegen die menschenverachtende Atompolitik hier und überall zur Wehr zu setzen. So herrschte an den Tagen vor der Ankunft eine recht gute aber angeheizte Stimmung, die nicht zuletzt durch das harte Auftreten der Polizei bei zuvorgelaufenden Aktionen geschürt wurde.
Dann war es endlich soweit: Am Mittwoch den 8.5.1996 war "Castoralarm". Von überall her kamen Leute aus ihren Zelten, Autos und Häusern und sammelten sich einige hundert Meter entfernt an einer Straßenkreuzung über die der Castorbehälter nach dem Überladen vom Zug auf den LKW seine strahlende Reise von Dannenberg nach Gorleben antreten sollte. Was dann zum Schrecken der rund 6000 AtomkraftgegnerInnen in aller Herrgottsfrühe geschah, ist mit normalen Worten gar nicht mehr zu beschreiben.

Der Polizeistaat zeigte sich von seiner übelsten Seite, tausende von PolizistInnen postierten sich vor dem Verladekran und wie in einer Folge "Dienst in Vietnam" tauchten am Horizont acht Polizeihubschrauber auf, die uns von nun an nicht mehr verlassen sollten.
Doch die DemonstrantInnen ließen sich nicht einschüchtern. Sie sammelten sich auf den Straßen und zündeten Heuballen an. Nur mit schwerem Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstockeinsatz konnte es möglich gemacht werden, den Castor auf die Straße zu bringen. Dann ging jedoch die richtige Auseinandersetzung erst los. Während die eher pazifistisch gestimmten CastorgegnerInnen auf der Hauptstraße, wo der Castor losfahren sollte, eine große Sitzblockade errichteten, nutzten andere Menschen die Möglichkeit, die Polizei zu behindern und zu beschäftigen, indem sie in der abbiegenden Nebenstraße ca. acht Barrikaden errichteten und sich eine militante Außeinandersetzung mit der Staatsmacht lieferten.
Später wurde der Castorzug, welcher von mehreren Wasserwerfern, Räumungspanzern und 3000 PolizeibeamtInnen geschützt wurde, noch mehrere Male mit Steinen und Farbflaschen angegriffen, während andere immer wieder auf der Strecke Dannenberg - Gorleben brennende Barrikaden und durch Sitzblockaden die Weiterfahrt behinderten.
Nach mehreren Stunden Stop and go, vielen Knüppeleinsätzen und ca. 60 Barrikaden, konnte der Castorzug das Zwischenlager in Gorleben erreichen.







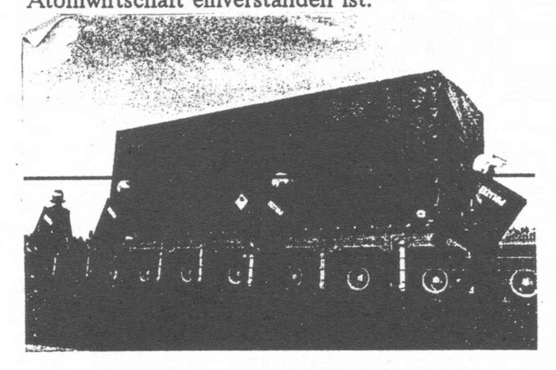








Die Bilanz: ein gebrochener Schädel eines Demonstranten sowie ein abgerissener Finger einer Demonstrantin. Desweiteren gab es mehrere Schwerverletzte und 163 Festnahmen.
Nun gut, sie haben den Castor ein zweites Mal durchgeprügelt und so erstemal ihr Ziel erreicht. Dennoch: der Castor war teurer als je zuvor (ca. 60 Millionen DM); unser Widerstand war entschlossen wie nie zuvor.
Wir haben ihnen gezeigt, daß eine große Anzahl von Menschen nicht mit der lebensbedrohenden Politik der Atomwirtschaft einverstanden ist.



25. April 1995: Der erste CASTOR-Behälter (unter der Plane) ist auf dem Weg zum Zwischenlager.

Der nächste Castor wird kommen. Beteiligt Euch am Widerstand im Wendland!

Fahrt in den Landkreis Lüchow-Dannenberg und zeigt den Herrschenden, daß ihre kapitalistischen Interessen, die Menschenleben in Kauf nehmen, von uns nicht akzeptiert werden!

Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie!
Wenn der nächste Castor kommt, stellen wir uns wieder quer!
Laßt in Euch in Eurem Widerstand nicht spalten!

GEWALTLOS ODER MILITANT - WICHTIG IST DER WIDERSTAND!

BRUNO WAR SPITZE!

Am 8.Mai 1995 jährte sich zum 50. Mal die Kapitulation Nazi-Deutschlands vor den Alliierten. Während der 12-jährigen Herrschaft der Nationalsozialisten wurden Millionen Menschen ermordet - sei es durch Hunger, Krieg, wegen ihres Glaubens oder ihrer politischen Einstellung. Einem dieser WiderständlerInnen möchten wir an dieser Stelle gedenken, stellvertretend für alle Opfer der menschenverachtenden Ideologie des Faschismus. Sein Name ist Bruno Tesch, sein Todesurteil war eines der ersten nach der Machtübernahme der Nazis im Januar 1933. Der zwanzigjährige Klempnergeselle aus Altona wurde vom Gericht für schuldig befunden, zusammen mit drei anderen Männern für den sogenannten "Blutsonntag" verantwortlich gewesen zu sein.



WAS GESCHAH AM "ALTONAER BLUTSONNTAG"?

Am 17. Juli 1932 organisierten die Nazis eine Provokation in Form eines "Propagandamarsches" der SA durch Altona. Es waren ungefähr 6 000 SA-Leute zusammen gezogen worden, welche gezielt durch die "roten" Arbeiterbezirke Altonas marschierten. Da der Polizeipräsident die faschistische Kundgebung nicht untersagte, wie es von zahlreichen EinwohnerInnen Altonas gefordert worden war, sondern obendrein den Nazis auch noch Polizeischutz gewährte, organisierten die ArbeiterInnen den Antifaschistischen Selbstschutz. Auf den Straßen standen hunderte von Menschen, welche den Umzug mit Empörung verfolgten. An den Häusern hingen unzählige rote Fahnen sowie Banner mit antifaschistischen Losungen. Mit einem solchen "Empfang" hatten die Nazis nicht gerechnet. Sie inszenierten daraufhin an verschiedenen Stellen Schlägereien. Als sich die überfallenen dagegen zur Wehr setzten, wurde auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht.

In folge des Kugelhagels kamen 18 Menschen um, über 50 weitere wurden verletzt. Unter den Toten befanden sich 16 BewohnerInnen dieses Stadtteils, zwei waren SA-Männer. Unmittelbar nach den Auseinandersetzungen wurden zahlreiche ArbeiterInnen verhaftet, welche sich zur Wehr gesetzt hatten. Unter ihnen auch Bruno Tesch.



Bruno Tesch
(1913 – 1933)

TESCHS ROLLE AM BLUTSONNTAG

Selbstverständlich begab sich der junge Mann an dem besagten 17 Juli ebenfalls auf die Straße, um den Nazis Paroli zu bieten. Angehörige der SA aus Altona kannten ihn als konsequenten Hitler-Gegner, zumal er ihnen desöfteren in öffentlichen Diskussionen entgegengetreten war und versuchten ihn sofort zu Boden zu schlagen, als sie ihn erkannten. Bruno Tesch jedoch nutzte den entstandenen Tumult und entkam. Dei in der Zwischenzeit von den Faschisten ausgelöste Schießerei rief in der Altonaer Bevölkerung heftige Empörung und Unruhe hervor.



Als er in einem Hausflur in der Marienstraße Unterschlupf suchte, sah er eine Frau mit zwei kleinen Kindern inmitten einer Schießerei auf der Straße umher irren. Tesch verließ das Haus, lief auf die Kinder zu und brachte sie in Sicherheit. Das war sein Fehler, denn Minuten später wurde er zusammen mit anderen ArbeiterInnen verhaftet. Aufgrund der eindeutigen Beweise seiner Unschuld mußte er aber nach zwei Wochen wieder freigelassen werden. Ein überparteilicher Untersuchungsausschuß hatte inzwischen auch festgestellt, daß die Nazis die alleinige Schuld am "Blutsonntag" trugen. Nachdem die NSDAP die Macht übernommen hatte, wurde der Prozeß neu aufgerollt. Tesch sowie drei andere Arbeiter wurden am zweiten Juni 1933 unschuldig zu Tode verurteilt. Das Urteil wurde am ersten August 1933 vollstreckt.

WER WAR BRUNO TESCH?

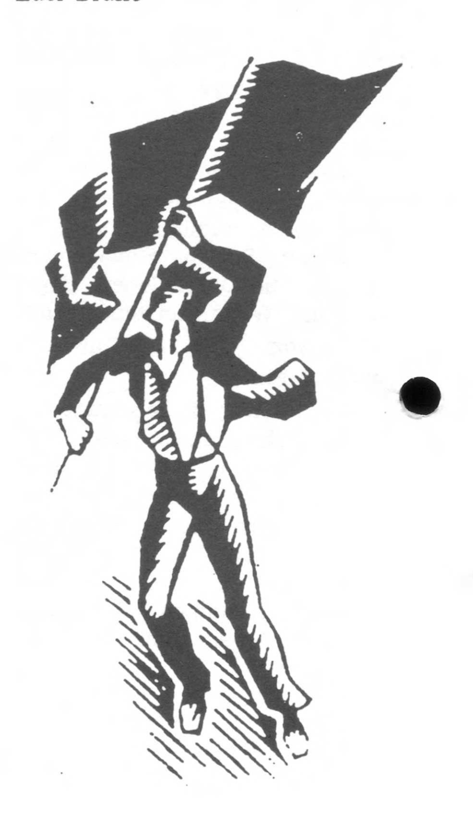
Bruno Tesch war kein Draufgänger - im Gegenteil: überall wurde er wegen seiner Bescheidenheit und Aufrichtigkeit geschätzt. Zwar war er wohl relativ häufig in Streitigkeiten verwickelt, doch spielte er dabei nie die Rolle des Angreifers, sondern versuchte stets zu schlichten bzw. seine Freunde in Schutz zu nehmen. Dies galt besonders für die Jahre 1931-1932, in denen die politische Betätigung der Jugendlichen eindrucksvoll anstieg. Er selbst war zuerst in der SAJ organisiert, später wechselte er zu der KJVD, ohne sich selbst als "ausgereifter" Kommunist zu begreifen.



Vor allem achtete er ihre Entschlossenheit, den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten.
Tagebuchaufzeichnungen belegen, daß er seine Hinrichtung sehr gefaßt entgegen sah. Er wußte, daß er nicht Unrechtes getan hatte und für seine Ideale stand er bis zuletzt bedingungslos ein.

LETZTER BRIEF AN SEINE FREUNDIN KÄTHE

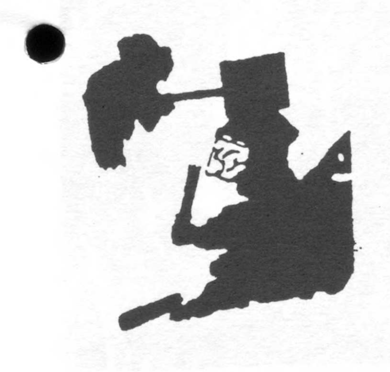
"Liebe Käthe!
Wenn Du diesen Brief erhälst, bin ich nicht mehr am Leben. In einer halben Stunde hat dieses Herz aufgehört zu schlagen. Wir sterben, wie wir gekämpft haben!
Vergeßt uns nicht! Vergeßt uns nicht!
Euer Bruno"



I.R.A. beendet die Einstellung aller militärischen Operationen

Der folgende Artikel soll einige Hintergrungsinformationen zu den aktuellen Ereignissen des Konfliktes in den sechs Grafschaften des Norden Irlands (Nordirland) aufzeigen.

Wie ihr sicherlich aus den Medien erfahren habt, hat die irisch republikanische Armee (I.R.A.) am 9.2.1996 die Einstellung aller militärischen Operationen beendet. In einer Erklärung der I.R.A. zum Anschlag am 9. Februar diesen Jahres hieß es: "Nur sehr widerstrebend gibt die Führung von Oglaigh na hEireann (I.R.A.) bekannt, daß die komplette Aussetzung aller militärischen Operationen am 9. Februar um 18^{00} Uhr enden wird (...)".
90 Minuten später ging nach mehrfacher telefonischer Warnung eine Bombe in den Londoner Dockland hoch. Bei diesem Anschlag wurden viele Unschuldige verletzt und zwei Menschen starben. Desweiteren folgten in den nächsten Tagen zwei weitere Anschläge in London zu denen sich die I.R.A. bekannte und ein versuchter Anschlag, bei dem die Bombe vor der Detonation jedoch von der Polizei entschärft wurde.



Was war passiert? Eine kleine Rückblende: Am 31. August 1994, vor ca. 21 Monaten, erklärte die I.R.A. einen vorerst einseitigen Waffenstillstand, der im Oktober 1994 von loyalistischen Paramilitärs[1] ebenfalls eingegangen wurde. Ziel des damaligen Waffenstillstandes war es, die Bereitschaft für Verhandlungen aller Konfliktparteien der Auseinandersetzung im Norden Irlands zu demonstrieren. Unter dem Motto "All Party Talks" (alle Parteien reden miteinander) wurde das Angebot für eine friedliche Lösung des Krieges gemacht. Damit lag der nächste Schritt bei der britischen Regierung. Erst drei Monate später gab es Gespräche zwischen dem Nordirlandministerium und der Sinn Féin (SF)[2].
Im Februar 1995 veröffentlichte die britische Regierung gemeinsam mit der Regierung des Freistaates Irland[3] ein Rahmendokument, in dem es den Vorschlag eines neuen Nordirlandparlamentes geben sollte, wobei die Außen- und Sicherheitspolitik in den Händen Londons bleiben würde. Die SF sah diesen Vorschlag als eine potentielle Verhandlungsmöglichkeit an, während die unionistischen PolitikerInnen[4] ihn verdammten.
Zuvor gab es jedoch noch einen weiteren Vorschlag über eine Möglichkeit All-Parteiengespräche durchzuführen. Im sogenannten Mitchelplan, der zwischen Amerika, dem Nordirlandparlament und der Regierung des Freistaates ausgearbeitet wurde, sollte eine Bestandsaufnahme der Waffen der I.R.A. und der loyalistischen Paramilitärs



gemacht werden. Danach sollte nach und nach eine Abrüstung der beiden Gruppierungen folgen. Diesen Plan lehnten die BritInnen jedoch ab.
Noch bis Ende Januar hatte die britische Regierung die Vorbedingung für offizielle Verhandlungen mit der SF, daß die I.R.A. alle ihre Waffen abgeben müßte. Das wäre einer totalen Kapitulation gleichgekommen. Es müßte sich dazu einfach nur mal vorgestellt werden, daß in einem kriegerischen Konflikt die eine Konfliktpartei alle Waffen abgeben müßte, um alleine nur Verhandlungen mit der Anderen führen zu dürfen.
Ende Januar machte John Major[5] dann jedenfalls den Vorschlag, durch eine Art von Wahlen die Verhandlungen im britisch besetzten Norden führen zu lassen. Das ist jedoch für die republikanische Bewegung[6] eine nicht annehmbare Möglichkeit gewesen, da jede Art von Wahlen, die sich auf die sechs Grafschaften beschränken, von einem unionistischen Veto[7] dominiert sind.

Die Forderungen des Waffenstillstandes waren Verhandlungen mit allen Parteien des Konfliktes im Norden Irlands ohne Vorbedingungen.
Die britische Regierung hat sich in den 18 Monaten des Waffenstillstandes nicht oder nur auf äußeren Druck hin bewegt. Und wenn, dann artete das in Bedingungen aus, die für die republikanische Bewegung unannehmbar waren.
Die britische Regierung trägt die Verantwortung für eine Weiterführung der militärischen Auseinandersetzung.

Um ein weiteres Verständnis für den Konflikt im Norden Irlands zu bekommen, wollen wie einige Erklärungen von Namen, die in dem Text vorkommen und von denen ihr bestimmt schon in den Medien gehört habt, erläutern.



1)**loyalistische Paramilitärs:** Die lo. Pa. sind kämpfende VertreterInnen des Loyalismus. Als LoyalistInnen bezeichnen sich die Menschen im Norden Irlands, die für den Beibehalt der sechs Grafschaften Irlands (Ulster) an Britannien eintreten. Sie sind loyal zum britischen Königreich und lehnen die Wiedervereinigung zwischen der Republik Irland und Nordirland ab. Die lo. Pa. sehen Irland und die irisch republikanische Bewegung, also auch die I.R.A., als Aggressor an. Ebenfalls bestehen sie ausschließlich aus ProtestantInnen und vertreten extreme reaktionäre und rassistische Ansichten (z.B. wurde aus ihrer Sicht lange propagiert, daß KatholikInnen Menschen zweiter Klasse wären). Die lo.Pa. stellen sich z.B. aus Gruppen wie U.V.F. (Ulster Volunteer Force) oder U.F.F. (Ulster Freedom Fighters) zusammen. Sie haben durch skrupellose Angriffe auf RepublikanerInnen viele Menschen ermordet.



2) **Sinn Féin:** SF ist irisch und bedeutet "wir selbst". Die SF wurde Anfang des 19. Jahrhunderts von Intellektuellen gegründet und war seit jeher Vertreterin der irisch republikanischen Bewegung, welche für ein vereintes Irland eintritt. Seit Beginn der BürgerInnenrechtsbewegung im Norden Irlands (damals gingen tausende KatholikInnen in den sechs Grafschaften für Menschenrechte und Beendigung der Diskriminierung von ihnen auf die Straße) bzw. einige Zeit danach spaltete sich die SF in "Offical Sinn Fein" und "Provisional Sinn Fein". Die SF von der wir heute hören, ist die "Provisional Sinn Fein" und der politische Arm der I.R.A.. Sie tritt für ein vereintes, sozialistisches Irland ohne britische Fremdherrschaft ein. Ihr Vorsitzender ist Gerry Adams.

3) **Freistaat Irland:** Nach dem irischen Bürgerkrieg bis 1922 werden die 26 südlichen Grafschaften Irlands als die Republik Irland bezeichnet. Die Republik Irland ist ein eigener Staat. Die restlichen sechs nördlichen Grafschaften sind unter englischer Herrschaft und gehören zu Großbritannien.

4) **Unionistische PolitikerInnen:** Sie sind die VertreterInnen einer konservativen Politik im Norden Irlands, die die sechs Grafschaften im Norden als ein Teil Britanniens bezeichnen und weiter vehement dafür eintreten.

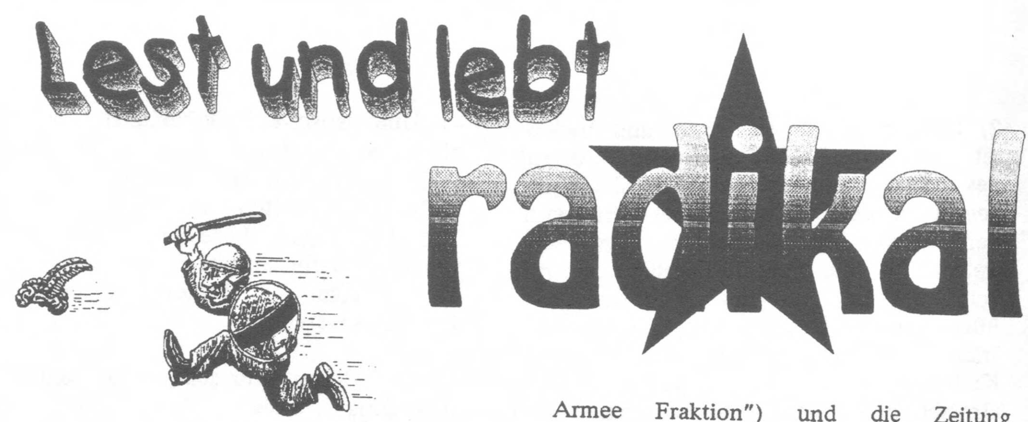
5) **John Major:** englischer Premierminister

6) **Republikanische Bewegung:** Bewegung, die sich für eine Wiedervereinigung Irlands einsetzt und mit starken sozialen Forderungen für ein neues Irland kämpft.

7) **unionistisches Vetorecht:** Nach er Teilung Irlands wurde die innerirische Grenze so gezogen, daß es im Norden immer eine Mehrheit für die protestantischen UnionistInnen/LoyalistInnen gibt, die für eine britische Fremdherrschaft in Irland sind. Die ProtestantInnen sind deshalb im Norden Irlands so stark vertreten, weil vor mehreren Jahrhunderten viele ProtestantInnen dort angesiedelt wurden. Bei jeder Art von Abstimmung, z.B. über die Unabhängigkeit Irland von England, würde so automatisch ein unionistisches Veto entstehen.







Die Ereignisse des 13.06.95

Am 13.06 letzten Jahres wurden ab 6^{00}h morgens mehr als 50 Privatwohnungen, Arbeitsplätze und -räume linker Einzelpersonen, Gruppen und Projekte in acht verschiedenen Bundesländern aufgrund von Durchsuchungsbeschlüssen der Bundesanwaltschaft (BAW) durchsucht. Die Aktion wurde von schwer bewaffneten sowie vermummten Sonderkommandos der Polizei durchgeführt, die die Betroffenen teilweise mit gezogender Waffe aus ihren Betten holten. Im Zuge der Durchsuchungen wurden mehrere Personen vorläufig festgenommen und vier weitere verhaftet. Diverse Computer, Broschüren und private Schriften (z.B. Tagebücher) wurden beschlagnahmt.
Vorwand für die Aktion waren Beschuldigungen und Verdächtigungen nach §129 und §129a StGB ("Bildung, Unterstützung und Werbung für eine kriminelle bzw. terroristische Vereinigung"). So sollte sich der "Schlag" gegen die "AIZ" ("Antiimperialistische Zelle"), "Das K.O.M.I.T.E.E.", die "RAF" ("Rote Armee Fraktion") und die Zeitung "radikal" richten. Es sei, wie Innenminister Kanther in den "Tagesthemen" vom 13.06. sagte, "eine zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene" gewesen. Die Aktion scheint von langer Hand geplant gewesen zu sein, erkennbar daran, daß einige der Durchsuchungsbefehle bereits im April ausgestellt worden waren.

Im weiteren werden "AIZ", "Das K.O.M.I.T.E.E." sowie die "radikal" ein wenig erläutert bwz. die Vorgeschehnisse dargelegt, da sich die Vorwürfe der BAW u.a. daraus ergeben.

"AIZ"

Die "antiimperialistische Zelle" wurde zu jenem Zeitpunkt von der BAW unter anderem für fünf Anschläge seit Ende 1992 verantwortlich gemacht. Sie richteten sich gegen die Juristische Fakultät der Uni HH (21.11.1992), die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Düsseldorf (05.06.1994), den Landesverband der FDP (26.09.1994), den Wohnsitz des ehemaligen Staatssekretär Dr. V. Köhler in Wolfsburg (22.01.1995) sowie gegen den des Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Blank in Erkrath (23.04.1995).
Die "AIZ" scheint sich also nicht wie z.B. die "RAF" gegen die Elite des Staates zu richten, sondern eher gegen die höhrere Mittelschicht. Nach den



jeweiligen Anschlägen wurden stets Erklärungen zu den Aktionen veröffentlicht.
Eine weitere Erklärung erfolgte im Herbst 1995 u.a. zu dem Themenkomplex des 13.06..
Im Dezember 1995 bekannte sie sich via Erklärung zu einem Anschlag auf das peruanische Konsulat in Düsseldorf.
Mittlerweile wurden am zwei Personen bei Witzhave in Schleswig-Holstein verhaftet. Ihnen wird die Mitgliedschaft in der "AIZ" vorgeworfen und sind somit die ersten Personen, denen dieser Vorwurf gemacht wird. Auf die Bedeutung dieser Verhaftung wird hier nicht weiter eingegangen.

"K.O.M.I.T.E.E."
Am 27.10.1994 wurde ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr in Bad Freienwalde in Brand gesetzt, wozu sich "Das K.O.M.I.T.E.E." in einer Erklärung bekannte. Die Aktion wurde von ihm mit der deutschen Unterstützung der Türkei im Krieg in Kurdistan begründet.
Als zweites wird dem "K.O.M.I.T.E.E." von der BAW vorgeworfen , am 11.04.1995 einen Sprengstoffanschalg auf die Justizvollzugsanstalt Grünau (bei Berlin), welche zu einem Abschiebeknast umgebaut werden soll, geplant zu haben. Ein Streifenwagen entdeckte jedoch auf einem Parkplatz zwei verdächtige Fahrzeuge, einen Pkw und einen Lieferwagen. In diesen sei eine selbstgebaute Bombe, Warnschilder des "K.O.M.I.T.E.E."'s auf denen die Sprengung angekündigt wird sowie persönliche Papiere gefunden worden. Daraufhin wurde die Fahndung gegen vier Personen eingeleitet: Bernhard H., Thomas W. Peter K und die Halterin des Pkw's. Diese stellte sich der Polizei, wurde aber nach einigem Hin und Her wieder freigelassen. Die anderen drei Gesuchten tauchten unter.

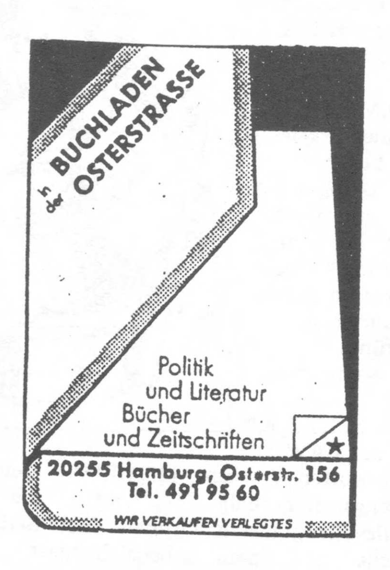
"radikal"
Die "radikal" existiert seit 1976. Zunächst als Berliner Stadtzeitung wurde 1978 das erste Verfahren wegen des "Buback-Nachrufs" (Buback war Generalbundesanwalt und wurde am 07.04.1977 von einem "Kommando Ulrike Meinhof" erschossen) eingeleitet. Vier Jahre später kam es zu einer Anklage nach §129a (s.o.) gegen zwei Personen, welche eine Kaution von DM 30.000.- Haftverschonung erhielten.



Nach einer Revision wurde das Verfahren 1991 eingestellt und die Betroffenen erhielten eine Geldstrafe von DM 3000.-, zahlbar an Greenpeace und amnesty international.
Ein Jahr nach der Anklage kam es 1984 zu mehren Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Obversationen. Als Folge davon wird die Zeitung zukünftig nur versteckt geschrieben und produziert.
In den Jahren 1986 bis 1989 wurden über 100 bundesweite Razzien in linken und alternativen Buchhandlungen durchgeführt, so daß der öffentliche Verteiler der "radikal" zerstört wurde. Im Zuge der Razzien wurden 192 129a-Verfahren sowie 87 Ermittlungsverfahren eingeleitet und fünf Personen verhaftet.
So diente die "radikal" der BAW stets dazu, z.B durch hiermit begründete Razzien in linken Projekten, linken Widerstand zu kriminalisieren und Einblick in ihn zu erhalten.
Den vier am 13.06.1995 aufgrund der Durchsuchungsaktion festgenommenen Personen wird die redaktionelle Beteilung wie auch die Verbreitung der "radikal" vorgeworfen, dieses zunächst auf die Ausgabe 148 der "radikal" vom Dezember 1993 bezogen.

Im Zusammenhang mit der "RAF" wird einer Frau aus Köln vorgeworfen, eine "Nahtstellenperson" zwischen "legaler und illegaler RAF-Ebene" zu sein und daher auch bei ihr am besagten Datum durchsucht.

In der großangelegten Aktion des Staates vom 13.06.95 wurden so vier Komplexe zusammengefaßt, welches dazu dienen sollte, Verknüpfungen zwischen ihnen zu konstruieren. Das es sich hierbei nur um eine Legitimierung einer so großen, aufwendigen und kostenintensiven Aktion für die Öffentlichkeit handelt und das es lediglich darum ging die eigene Macht in einem solchen Vorgehem zu demonstrieren, liegt bei solch einer Zusammenfassung von nicht aufeinanderbezogenen Verfahrenskomplexen nahe.
Während es bei "AIZ" und "K.O.M.I.T.E.E." um die Aktionen geht, die ihnen vorgeworfen werden, wurde bei der "radikal" die Ausgabe 148 kriminalsiert. Da der Staat ja aber keine halben Sachen macht, will er nun kurzerhand die "radikal" an sich zu einer "kriminellen Vereinigung zur Unterstützung terroristischer Vereinigungen" machen, da sie (wie erstmals vorgeworfen) "durchweg strafbaren Inhalt" habe sowie "Aufforderungen zur Begehung von Straftaten" enthalte, so in einer Presseerklärung der BAW vom 13.06..
War die "radikal" zunächst eine linke

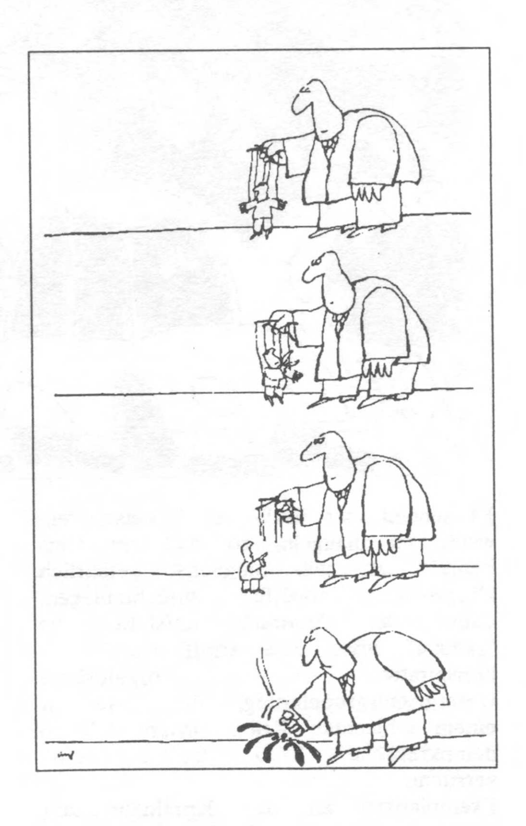




Zeitung neben vielen anderen auch, wurde sie durch ihre Kriminalisierung dazu gezwungen, verdeckt weiter zu arbeiten. Dies war die einzige Möglichkeit, die "radikal" für die linke Bewegung als unzensierte Zeitung, die sich jeglicher staatlicher Kontrolle entzieht, zu erhalten . Sie dient u.a. als Medium für Interviews und Erklärungen mit/von militanten Gruppen, um diese der öffentlichen Diskussion zur Verfügung zu stellen und eine Kommunikation möglich zu machen.
Hierzu nun noch ein Zitat aus einer Erklärung "einiger radikal Gruppen":

> *Ein Blick in die letzten Ausgaben zeigt, was denn nun alles strafbar sein soll. Antirassistische Straßenumbenennungen in Braunschweig, Thesen zu Nationalismus und Befreiungskampf in Kurdistan, eine Aufarbeitung der Geschichte der patriarchalen Geschlechterspaltung, ein Aufruf zur Nutzung nichtkommerzieller Radios, Debatten über linke Kampagnen zum 8.Mai ... strafbarer Inhalt? Mußten bisher immer einzelne Artikel, meist wegen "Unterstützung terroristischer Vereinigung" kriminalisiert werden, spart sich jetzt die BAW die Mühe und erklärt uns der Einfachheit halber gleich zur "kriminellen Vereinigung". Damit wird offensichtlich jeder Inhalt kriminell."*

Dies ist so lächerlich, wie es klingt. Die "radikal soll zu der "Monsterzeitung" überhaupt gemacht werden, welcher in jeder Ausgabe - präventiv sozusagen - eine bereits fix und fertige Bombe beiliegt.
Über die Richtigkeit der politischen Inhalte von "AIZ", "K.O.M.I.T.E.E." und "radkal" läßt sich natürlich streiten. Was der Staat aber aus ihnen macht und daß er sie als Vorwand zur Kriminalisierung linken Widerstandes benutzt, ist doch recht offensichtlich.
Systemkritisches und oppositionelles Verhalten soll nach Möglichkeit unterbunden werden und da nicht gleich die ganze Linke in den Bau wandern kann, muß sich eben geholfen werden. Zudem ist es dem Staat immer wichtig, Einblick in die "Szene" zu erhalten, ist er doch stets darauf erpicht, die Kontrolle über alles zu behalten und seine Macht ausüben zu können wie auch zu demonstrieren. Menschen die sich davon nicht beeinflussen lassen wollen, sollen in gewisser Art und Weise "unschädlich" gemacht werden.
Doch die Zähne zeigt, wer das Maul aufmacht!

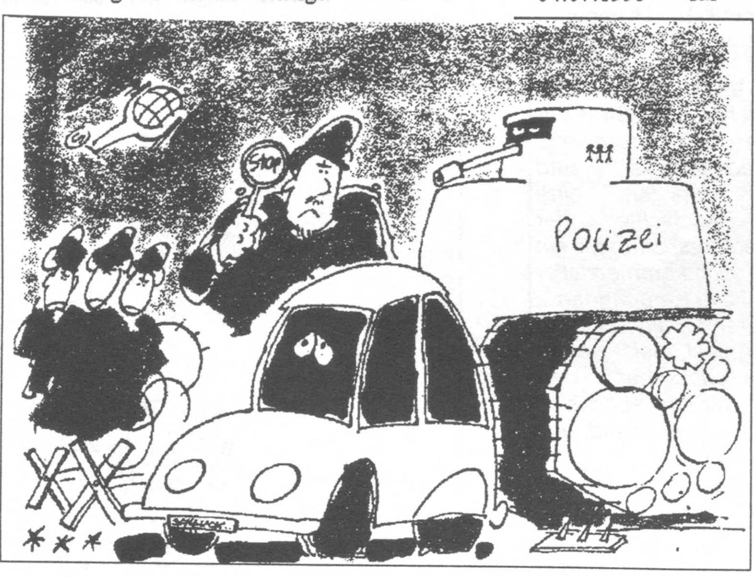




Zu den Verhaftungen vom 13.06...

Der Grund für die Verhaftung der vier Personen am 13.6.1995 stützt sich u.a. auf den Vorwurf, daß sie sich 1993 angeblich zu einem "konspirativen Redaktionstreffen" in der Eiffel zusammengefunden hätten. Dieses Treffen sei mit nachrichtendienstlichen Mitteln bespitzelt worden, und dieses zeige deren Einbindung in die "radikal"-Strukturen, so die BAW.

Die Verfahrensweisen der BAW richten sich u.a. auch nach Lebensumständen. Somit sind FreundInnen, MitbewohnerInnen von Verdächtigen auch stets gleich mitverdächtigt.



Es scheint der BAW an Beweisen ein wenig zu mangeln, so daß sie stets bemüht ist, sich möglichst gefährlich klingende Vorwürfe zurechtzulegen, damit der Eindruck entsteht, die "radikal" wäre eine straff wie konspirativ organisierte Untergrundsgruppierung, die, wie in einem schlechten Krimi, unsere ach so demokratische BRD "zu erobern" versucht.

Exemplarisch an der Kriminalisierung einzelner Gruppen, will der Staat durch seine so als allumfassend demonstrierte Macht, all denen, die den Mund gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung dieses kapitalistischen wie imperialistischen Staatssystems aufmachen, zeigen, wer am "längeren Hebel" sitzt

Die vier festgenommen Personen saßen von jenem Zeitpunkt an in "heimatnahen" Knästen in Untersuchungshaft. So befand sich Andreas E. in Lübeck, Ralf M. in Neumünster, Rainer P. in Bielefeld und Werner K. in Berlin.

Zudem wurde Ulf aus Bremen am 04.07.1995 für fünf Monate in Beugehaft genommen, da er jegliche Zeugenaussage verweigerte.

Die Gefangenen waren strengsten Sicherheitsvorkehrungen unterworfen. So waren alle vier isoliert, befanden sich 24 Stunden in Einzelhaft. Eine Scheibe trennte sie, außer bei Angehörigen von jedem Besuch, die Post wurde streng zensiert. Im Laufe der Zeit gab es allerdings auch leichte Lockerungen dieser Bedingungen.

So war der Stand bis Anfang Dezember.

Bereits am 29.11.1995 wurde Ulf aus der Beugehaft entlassen, da diese eine Zeitspanne von sechs Monaten nicht überschreiten darf.

Dann wurde Ralf Anfang Dezember nach Stralsund verlegt, wohl aus dem Grund, daß Solidaritätskundgebungen vor dem Knast verhindert und Besuche erschwert werden sollten.

Am 5./6.12.95 wurden die Vier gegen Kaution von DM 20.000.- pro Person

freigelassen. Angeblich deswegen, weil keine Fluchtgefahr mehr bestünde (was sich geändert haben soll, wurde nicht so ganz klar). So sind die Vier neben der Kaution auch nur unter den Bedingungen freigelassen worden, daß sie ihre Reisedokumente hinterlegen, sie sich regelmäßig bei den Polizeidienststellen ihrer Wohnorte melden müssen, nicht ins Ausland reisen und keinen Kontakt - auch nicht über Dritte - zueinander aufnehmen dürfen.
Für die überaschende Entlassung ließen [illegible] zunächst zwei Gründe denken: Zum einen stand die Demonstration am 16.12.1995 in Hamburg zu diesem Themenkomplex kurz bevor, wo so eine überraschende Wendung dieser einen Schwerpunkt und somit einiges an Kraft hätte nehmen können, zumal die staatliche Seite diesem Termin nicht gerade voller Wohlwollen und Gelassenheit entgegenblickte. (Nichtsdestotrotz ließen sich am besagtem Tag ca. 5000 Menschen davon nicht beeinflussen - allerdings wurden sie mit der massiven Zahl von ca. 4000 PolizistInnen leider nicht gerade allein gelassen.)
Zum anderen wäre der zu dieser Zeit bevorstehende Haftprüfungstermin ein weiterer [illegible]glicher Grund für ein solches Vorgehen.
So erscheint die Vermutung, die BAW hätte ihre Vorwürfe - und somit die Legitimierung einer weiteren Haftverlängerung - aufgrund schlechter Beweislage nicht aufrecht erhalten können recht plausibel.
Leider hat sich das Problem durch die "Freilassung" (so ein richtiger "Gewinn" war sie ja aufgrund der an ihr geknüpften Bedingungen nicht) der Vier nicht einfach erledigt. Die Verfahren gegen sie laufen weiter und auch an der Einschüchterungstaktik des Staates hat sich nichts geändert. Auch werden die untergetauchten Personen nach wie vor gesucht. (Viel Glück ihnen an dieser Stelle!)
Das Verhalten des Staates in dieser Angelegenheit ist exemplarisch. Von daher ist es notwendig sich diesem zu widersetzen (zumal es ja nicht einmal mehr "demokratisch genannt werden kann) und sich grundsetzlich solidarisch mit allen von Repression verfolgten progressiven Menschen zu erklären wie zu verhalten.
Der Einschüchterungstatik des Staates und seinen Konstrukten radikal etwas entgegensetzen!

Der Durchsuchungen zweiter Teil

Von den öffentlichen Medien weitaus weniger wahrgenommen, gab es auch nach dem 13.6.95 weitere Durchsuchungen. Der Grund hierfür war analog zu dem der Vorhergegangenen. So fanden sie dieses Mal am 19.12.95 in Oldenburg, Bremen, Münster und Kiel statt. Wieder wurden bei diesen Durchsuchungen diverse Gegenstände (Disketten, Computer, persönliche Unterlagen) beschlagnahmt. Auch sie basierten auf dem Verdacht der "Unterstützung/Mitgliedschaft einer kriminellen/terroristischen Vereinigung". Bei mehereren Durchsuchungen dieses Tages wurden Personen zur Erkennungsdienstlichenbehandlung gebracht und Fragen zu den laufenden Verfahren gestellt.

> *Aber wer "macht" denn eigentlich die radikal? Diejenigen, die Berichte von ihrer letzten Anti-Fa-Aktion schicken? Oder jene, die mal eben 10 Zeitungen von hier nach dort bringen und in ihrem FreundInnenkreis verteilen, oder vielleicht der, der ein paar dieser Berichte abschreibt und lay-outet, oder die, die dafür sorgt, daß nur ein einziges Exemplar durch die Mauern des Knastes dringt? Vielleicht meint die BAW ja auch die, die wochenlang diskutieren, um lange Artikel in der radikal zu veröffentlichen. Oder jene, die tagelang hinter der Druckmaschine stehen?*

Desweiteren wurde bereits am 14.12.95 der Infoladen "Schlagloch" in Dresden sechs Stunden lang von zwanzig LKA-BeamtInnen durchsucht, wobei zwei Personen formlos verhört wurden. Grund für diese Durchsuchungaktion war der Vorwurf, das "Schlagloch" habe die Zeitung "radikal" vertrieben.
So zeigt dieses Vorgehen der BAW, daß die Aktion vom 13.6.95 keine einmalige war und das auch nach der Freilassung der vier Gefangenen der "Spaß" aller Wahrscheinlichkeit nach nicht vorbei sein wird.
Also lebt und lest auch weiterhin radikal!

Ein paar (wenige) Broschüren-Tips zum weiterlesen und vertiefen:
- Natürlich die "radikal" selbst!
- "Gemeint sind wir alle!?", Zusammenstellung aller Redebeiträge der Veranstaltung der HHer Solidaritätsgruppe am 06.09.1995 in der Roten Flora
- "radikale Zeiten", fortlaufende Zeitung zum aktuellen Stand der Ereignisse und Verfahren
- "radikal - Dokumentation", eine recht umfangreiche Sammlung von Texten aus verschiedenen Spektren (BAW-Presseerklärungen, Flugblätter & Presseerklärungen, Zeitungsartikel u.ä.), leider nicht mehr ganz aktuell (aber trotzdem interessant), weil vom 11.07.1995
- "radikal - 19 Jahre linksradikale Zeitung", Veranstaltungsmanuskript zum Staatsschutz vom 13.6

Natürlich gibt es auch viele interessante Bücher, die sich nicht zwar nicht unmittelbar mit speziellen "Fall" beschäftigen, jedoch staatliche Repression an sich thematisieren.

Bei Interesse wäre ein Besuch im "Schwarzmarkt" zu empfehlen, wo die meisten der genannten Broschüren auch zu erwerben sind.

Der §129a

Die "Gründung, Mitgliedschaft, Unterstützung und Werbung einer terroristischen Vereinigung" kann nach §129a unter Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren gestellt werden. Eine Vereinigung heißt "terroristisch", wenn deren Ziele "Mord, Totschlag oder Völkermord" [§§211,212,220a], "Erpresserischer Raub oder Geiselnahme" [§239a/b] sowie "Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel" [§305],"Brandstiftung" [§§306-308], "Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie" [§310 Abs. 1], "Sprengstoffanschläge" [§311 Abs. 1], "Mißbrauch ionisierender Strahlung" [§311a Abs. 1], "Herbeiführen einer lebensgefährlichen Überschwemmung" [§312], "gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr" [§315 Abs. 1], "Störung öffentlicher Betriebe" [§316b] oder "gemeingefährliche Vergiftung" sind. Der §129a wird fast ausschließlich gegen linke Personen angewand. Da er hauptsächlich ein "Ermittlungsparagraph" ist, ist es nicht sein unbedingtes Ziel eine Anklage zu erreichen. Vielmehr wird er dazu benutzt, Einblick in linke Strukturen zu erlangen, um zu versuchen, die ja so geschätzte Kontrolle über alles zu behalten. Bei den Ermittlungen nach §129a kann das Telefon- und Postgeheimnis aufgehoben werden. Zudem ermöglicht er Trennscheiben bei Besuchen, Ausschließung von AnwältInnen und Kontaktsperren, wenn sich die betroffene Person in Haft befindet, anzuordnen. Der §129a ist ein Schnüffel- und Gesinnungsparagraph. Der durchaus dehnbare Begriff "terroristisch" ermöglicht [anders als beim §129, wo dies durch kriminell ersetzt ist] dem Staat für ihn bedrohliche politische [zumeist linke] Strömungen zu kriminalisieren.





Mumia Abu-Jamal ist ein afro-amerikanischer Journalist, der seit 14 Jahren in der Todeszelle sitzt und bald hingerichtet werden soll.
Mit 15 Jahren wurde Mumia Mitglied der Black Panther Party, einer Befreiungsbewegung schwarzer Jugendlicher.
Seitdem observierte ihn das FBI, sein Telefon wurde abgehört, seine Post überwacht. Die Black Panthers wußten um das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung und Selbstschutz; ihrerzeit wurden sie als große Gefahr der inneren Sicherheit der USA ein-geschätzt. (siehe Artikel über die Black Panther Party.)

Weiterhin engagierte sich Mumia Abu-Jamal für die Rechte der Schwarzen, indem er als Journalist über Befreiungsbewegungen der Afroamerikaner und die brutalen Reaktionen der Polizei und des Staates berichtete. Bezeichnend dafür ist, daß er "Voice of the Voiceless" genannt wird.

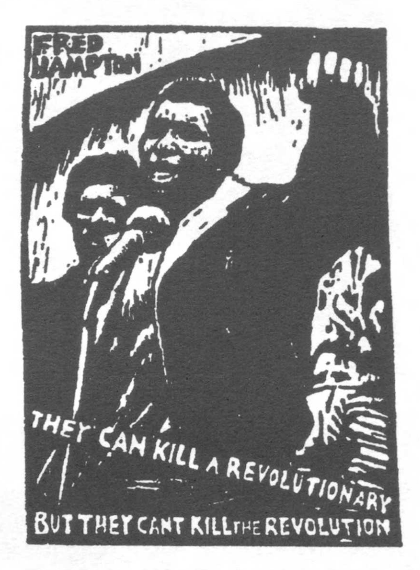
Dem amerikanischem Staat war er ein Dorn im Auge, es wurde eine Gelegenheit gesucht ihn mundtot zu machen. Sie ergab sich im Dezember `81: Polizisten nahmen seinen Bruder und ihn fest. Mumia soll dann einen der Polizisten erschossen haben. In einem 14-tägigem Schnellverfahren wurde er 1982 zu Tode verteilt, obwohl es Zeugenaussagen gab, nach denen der/die TäterIn geflüchtet sei. Einige Zeugen wurden von der Polizei gezwungen, ihre Aussagen zu ändern.

Ein Zitat von Mumia dazu: "Ich kämpfe weiter gegen dieses ungerechte Urteil und Strafmaß. Vielleicht können wir einige der gefährlichen Mythen abschütteln und in Stücke reißen, die auf unserem Gehirn lasten wie eine zweite Haut- wie zum Beispiel das 'Recht' auf faire und unvoreingenommene Geschworene unseresgleichen; das 'Recht', die eigene Sache vertreten zu können; sogar das 'Recht' auf einen Fairen Prozeß. Dies sind KEINE Rechte - sondern Privilegien der Mächtigen und Reichen. Für die Machtlosen und Armen ist dies eine Fata Morgana, die verschwindet, sobald man nach ihr greift und sie als etwas Reales und Bedeutungsvolles beansprucht. Erwarte nicht, daß die Medienkonzerne Dir dies erzählen,
denn das können sie nicht wegen des Inzestuösen* Geflechts zwischen den Medien und der Regierung und dem Big Business, dem sie beide dienen. Ich kann es...".

Alle oben von Mumia genannten Rechte wurden ihm verweigert. Sein Hinrichtungsbefehl war auf den 17.8.'95



ausgeschrieben. Die Forderung nach einem Wieder-aufnahmeverfahren wurde von dem Richter Sabo damit quittiert, daß eine juristische Abklärung auch nach der Hinrichtung möglich sei.



Dieser Prozeß ist ein Beispiel von vielen, er spiegelt die rassistische Politik und Rechtsprechung in den USA wieder. Obwohl nur 12% der Gesamtbevölkerung der USA Schwarze sind, machen sie 40.3% der zum Tode Verurteilten und 71% der bisher Hingerichteten aus. Der Gouverneur des Bundesstaates Pennsylvania zum Beispiel war früher im Ku-Klux-Klan und der Richter ist für seine Verurteilungen zu Todesstrafen bekannt.

Am 8.8.'95 wurde der Hinrichtungstermin verschoben; der Antrag auf ein Wieder-aufnahmeverfahren wurde wiederum abgelehnt. Bis jetzt steht es noch nicht fest, wann der nächste Termin angesetzt wird. Mumia Abu-Jamal sitzt derweil in der Todeszelle - das bedeutet verschärfte Haftbedingungen, Überwachung rund um die Uhr, nur einmal im Monat zwei Stunden Besuch, genannt "Death Watch".

Trotz aller erfahrender Repression hat Mumia mit seinen politischen Aktivitäten nie aufgehört und sich so auch nicht vom Staat brechen lassen. So war er die ganze Zeit über weiterhin als Jouranist aktiv, schrieb u.a. das Buch "Aus der Todeszelle" und erklärte auch immer wieder seine Solidarität zu anderen politischen Gefangen (z.B. den Gefangenen wegen des radikal-Vorwurfes siehe Seite).
Seit der Verschiebung des Hinrichtungstermins ist es in der BRD bezüglich Soli-Aktionen ruhig geworden. Gab es im letzten Sommer noch zahlreiche Kundgebunge Solidaritätsbekundungen und Mahnwachen (z.B. vor dem amerikanischen Konsulat in Hamburg), scheint sich die Öffentlichkeit damit zufrieden zu geben, daß Mumia bisher nicht hingerichtet wurde. Aber dieses Verschieben bedeutet nicht viel: Auch weiterhin gibt es den Hinrichtungsbefehl für Mumia, weiterhin sitzt er im Knast und auch an der rassistischen Ungerechtigkeit der Justiz hat sich nichts geändert.
Nach zahlreichen Versuchen Mumias ein Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen, wurde dem endlich stattgegeben.
Es läuft also jetzt ein Wieder-aufnahmeverfahren, dessen Ergebnis allerdings noch aussteht. Das Leben Mumia Abu Jamals ist nach wie vor

gefährdet und der Justiz mit ihren Lügen nicht zu trauen !!!

PS: Auf der letzten Seite des Jugendinfos sind einige Adressen, an die Ihr Protestbriefe schreiben könnt. Formulierungen sind auch schon angegeben.

Werdet aktiv!!!

Dies ist ein Gastartikel, für den wir uns herzlichst bedanken möchten. Über so etwas freuen wir uns natürlich immer!

NAZITREFFEN IN HETENDORF VERHINDERN

Zum sechsten Mal werden sich in diesem Jahr vom 15.6.-23.6. Jung- und Altnazis aus der gesamten BRD im faschistischen Schulungszentrum Hetendorf 13 in der Lüneburger Heide treffen. Eine gute Woche lang werden namhafte und weniger namhafte Personen Vorträge halten wie etwa „Die Rassen der Menschheit und ihre seelischen Wesenszüge" oder aber „Die germanischen Götter". Zusätzlich finden die Mitgliederversammlungen der einladenden Vereinigungen statt. Das ganze wird umrahmt von „germanischer Brauchtumspflege", wie dem Abfeiern germanischer Hochzeiten oder gemeinsamer Liederabende mit dem Höhepunkt der Sommersonnenwendfeier in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni. An diesen faschistischen Feierlichkeiten nehmen nun nicht etwa nur die alten und jungen, oft männlichen Nazis teil, sondern die ganze Familie. Bislang waren es bis zu 300 Personen .

Das Nazi-Treffen dieses Jahr soll auch wieder Anlaß zu vielfältigen antifaschistischen Aktionen vor Ort sein, aber auch in den Städten und Dörfern, aus denen die ReferentInnen und die veranstaltenden Vereine kommen. So soll die Anfahrt der TeilnehmerInnen zur Tagungswoche durch uns an ihrem Anfahrtswochenende 15./ 16.6. in Hetendorf blockiert werden. (Für Übernachtungsmöglichkeiten wird gesorgt.) Zwar werden nicht alle FaschistInnen an diesen beiden Tagen anreisen - einige kommen erst später, vor allem zum Höhepunkt der Tagungswoche - der Sommersonnenwendfeier - in der Nacht auf den 21.6. So soll die Blockade am Wochenende begleitet werden durch das massive Stören ihrer Sonnenwendfeier. Da diese Feier aus Traditionsgründen unter freiem Himmel auf dem Gelände des Schulungszentrums Hetendorf 13 stattfinden wird, soll außerhalb des Grundstückes genug Lärm gemacht werden, um den FaschistInnen das Abfeiern ihrer Rituale zu vermiesen und ihre Feier in der von ihnen gedachten Form zu verhindern. Auf keinen Fall soll es zu Aktionen auf dem Gelände von Hetendorf 13 kommen.

Zusätzlich zu den Aktionen direkt in Hetendorf 13 sollen dezentrale Aktionen im Vorfeld der Tagungswoche organisiert werden. Hier in Hamburg bieten sich zwei Varianten für eine Kundgebung bzw. Demonstration an:

In Blankenese wohnen Gertrude Herr und der Nazianwalt Jürgen Rieger. Erstere ist ehemalige BDM-Führerin und erste Vorsitzende des „Heinrich-Anacker-Kreises", der das Andenken an völkische Dichter pflegt. Außerdem ist sie ebenso wie Jürgen Rieger Mitglied im „Freundeskreis Filmkunst", der sich zum Ziel gesetzt hat, Filme aus der NS-Zeit zu „bewahren". Schließlich unterstützt sie den „Heide-Heim e.V.", ein Verein, der öffentlich kaum in Erscheinung tritt, da er rechtlicher Träger für das Gelände von Hetendorf 13 ist und durch legales Verhalten ein Verbot oder die Aberkennung der Gemeinnützigkeit verhindern will. Jürgen Rieger ist stellvertretender Vorsitzender dieses Vereines und Funktionär der „Gesellschaft für biologische



Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.". Dieser Verein ist ebenfalls an Hetendorf 13 beteiligt. Er propagiert, daß das Verhalten der Menschen durch Vererbung bestimmt sei und nicht durch gesellschaftliche Einflüsse. Nach dieser Theorie gebe es verschiedene „Rassen", die allesamt verschiedene Merkmale hätten. Der „nordische Mensch" sei der am höchsten entwickelte. Diese „Rasse" müsse nun von der „Kriminalität und Dummheit niederer Rassen" reingehalten werden. Klares Vorbild dieser Ideologie ist die nationalsozialistische „Rassenlehre".

In Winterhude befinden sich in der Forsmannstr. 10 die Geschäftsräume des „Freundeskreises Filmkunst", außerdem die der „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft", einer Organisation, die ursprünglich der „Neuen Rechten" zugerechnet war, heute allerdings ebenfalls neofaschistische Politik vertritt. Ebenfalls in Winterhude liegen die Verbindungshäuser der „Burschenschaft Germania Hamburg" und der „Landsmannschaft Mecklenburgia Alte Rostocker", die ebenfalls Kontakte zu neofaschistischen Kreisen pflegen.

Ziel der diesjährigen antifaschistischen Aktionen soll es sein, die Hetendorfer Tagungswoche zu verhindern und schon im Vorfeld der Juni-Wochen in der Öffentlichkeit auf FaschistInnen und ihre Vereine aufmerksam zu machen.

Hetendorf hat für die rechte Szene eine große Bedeutung. Lange war Hetendorf Veranstaltungsort der Pfingsttage der „Wiking-Jugend". Bis zum Verbot der „Wiking-Jugend" 1994 wurden die „Tage Volkstreuer Jugend" zu uniformierten Aufmärschen, Wehrübungen und politischen Schulungen genutzt. Aber auch heute genießt Hetendorf 13 noch besondere Beachtung in der rechten Szene. Hier können sich maßgebliche VertreterInnen faschistischer Parteien und Vereine noch relativ ungestört treffen und überregionale Strukturen innerhalb der Neonazi-Szene festigen und sich vernetzen.

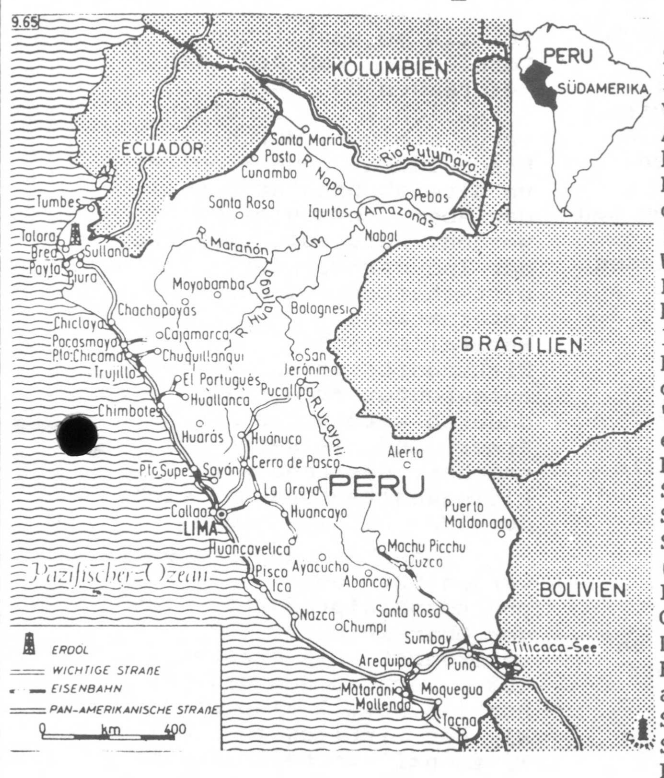
Verschiedene Strömungen kommen zusammen und schulen sich unter der Führung erfahrener rechter Ideologen - gemeinsam wird die Überlegenheit der „nordischen Rasse" propagiert. Und schließlich nutzen die veranstaltenden Vereine die Woche für ihre Mitgliederversammlungen. Ausrichter sind: *Artgemeinschaft e.V. ; Familienwerk e.V.; Freundeskreis Filmkunst e.V.; Gesellschaft für freie Publizistik-Arbeitskreis Hamburg; Heinrich Anacker Kreis e.V.; Nordischer Ring e.V.; Northern League und Heide Heim e.V.*

SCHLUSS MIT DEN NAZITREFFEN DIE HETENDORFER TAGUNGSWOCHE 1996 VERHINDERN !!!
BETEILIGT EUCH AN DEN AKTIONEN!

Eine Antifa-Gruppe aus dem Bündnis „Keinen Fußbreit den Faschisten"



verhältnisse: peru/brd



Über das Verhältnis der BRD zu Peru als Teil des Trikonts (gemeint sind Teile Südamerikas, Asiens, Afrikas) gibt es sehr unterschiedliche Meinungen.Die Betrachtungsweise unterteilt sich vereinfacht in die wirtschaftliche und in die soziale , wobei in diesem Artikel nur versucht werden kann, einen kleinen Einblick in die dortigen Verhältnisse zu geben.
Zuerst einmal sind die wichtigsten Ausfuhrgüter Perus Rohstoffe wie Silber, Eisenerz, Zink, Erdöl, Fische und Fischmehl und Agrarprodukte (Baumwolle, Zucker,Kakao,Kaffee).Die Industrieländer verdienen verdammt gut an Peru.Die Auslandsschulden des Landes betragen zur Zeit etwa 25 Milliarden US $ .Wesentlich daran beteiligt ist der IWF (internationale Währungsfonds, Bankenvereinigung).Der IWF hat mit den für Peru lebensnotwendigen Krediten Bedingungen verknüpft, genannt "IWF-Gesundungskur". Darin enthalten sind zum Beispiel Kürzungen der Sozialleistungen des Staates, Erhöhung der Staatseinnahmen (Steuern),Hilfen für die Exportwirtschaft, größere Gewinne für Unternehmen. Das hat zur Folge, daß die Bevölkerung noch stärker ausgepreßt wird-mehr Steuern, weniger Sozialleistungen; die Exporthilfen gehen auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion und Grundbedürfnisse des Volkes.
Der Import Perus übersteigt den Export um einiges. Der IWF verlangt, daß noch mehr Produkte für das Ausland (oft Rohmaterialien) produziert werden.Dadurch werden z.B. die Zuckerhaziendas noch größer , während die landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion für die Bevölkerung zurückgedrängt wird.Peru ist also gezwungen, teuer Grundnahrungsmittel zu importieren. Das ist eine ideale Möglichkeit für die Industrieländer, ihre überschüssigen Lebensmittelberge zu verringern und dabei noch zu verdienen.

Oftmals sind peruanische Familien sogar gezwungen, einen bedeutenden Teil ihrer Ackererträge zu verkaufen, um Geld für Zucker, Reis, Öl und anderes zu haben. Der IWF und damit die Industrieländer zwingen den Trikont dazu, Kredite aufzunehmen und mit diesen die (überschüssigen) Produkte von ihnen zu kaufen. Ein doppelter Verdienst. Die bundesdeutsche "Entwicklungshilfe" darf mensch dabei nicht vergessen. Der gute Wille der BRD, den "Entwicklungsländern" zu helfen, wird aber leider,leider dadurch getrübt, daß die "Entwicklungsländer" ungefähr den Betrag an Zinsen und Kredittilgung zahlen, den sie als staatliche "Entwicklungshilfen" bekommen.

Größere Gewinne für Unternehmen, damit diese wieder investieren, werden hauptsächlich auf noch stärkerer Belastung der ArbeiterInnen basieren. Die Löhne in Peru sind sehr niedrig, so daß es eine Freude für ausländische Unternehmen ist, ihre Betriebe dort zu vergrößern.Sie sind allerdings nicht gezwungen, ihre Gewinne wieder im Lande zu investieren, so daß ein Großteil des Kapitals ins Ausland wandert. Oder aber die herrschende Oberschicht verdient noch mehr. Die Elite orientiert ihre Politik an westlichen Vorbildern, was auch den Interessen des IWFs entspricht. Die Schulden Perus steigen, durch Umschuldung (neue Kredite, um alte abzuzahlen) soll das aber verschleiert werden. Peru soll im Sinne der Industrieländer wirtschaften, um durch das internationale, kapitalistische Wirtschaftssystem weiter ausgebeutet zu werden, dadurch werden die Armen ärmer, und die Reichen reicher. Das Land wird kleingehalten und muß sich dem IWF- Diktat beugen.

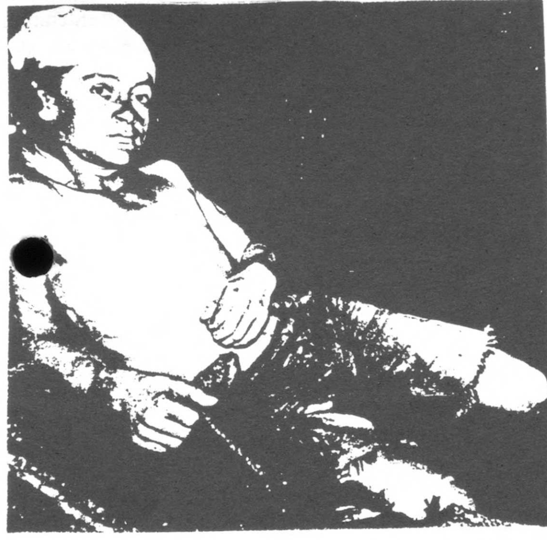
Innerhalb des Landes werden 52% des Bruttosozialproduktes von der Oberschicht (20%) verbraucht. Die ärmsten (40%) verbrauchen dagegen nur 13%.Soweit also ein kleiner Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse.

Die Sozialstruktur Perus ist davon natürlich nicht unberührt. So bestehen im wesentlichen drei Bevölkerungsgruppen: 45% UreinwohnerInnen, 40% Mestizen (Mischlinge) und etwa 10% Nachfahren der alten Spanier.

Die sozialen Schichten teilen sich in die ausgebeutete Mehrheit : Bergleute, ArbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern (meist UreinwohnerInnen und Mestizen),die Mittelschicht: ZwischenhändlerInnen,Vorarbeiterinnen, GeschäftsführerInnen usw. (Mestizen und weiße Nachkommen) und an oberster Stelle eine weiße Minderheit,



UnternehmerInnen, Fabrik- und LandbesitzerInnen. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum (beispielsweise beträgt ein LehrerInnengehalt 300,- DM. Bei 2-4 Kindern ist das kein Leben für eine Familie). Selbst die Regierung hat zugegeben, daß ein monatl. Lebensmittelkorb für eine Familie (wird in fast jedem Land von der Regierung als Maßstab festgelegt) 400,- DM kosten würde. Beide Elternteile sind gezwungen, mehrere Berufe auszuüben, um Lebensmittel, Strom, Wasser und ihre 16 m2 Einzimmer-"Wohnung" zu bezahlen. Zusätzlich müssen sowohl in der Stadt als auch auf dem Land (o 5-7 Kinder) alle sobald wie möglich mitarbeiten. Die Kinder arbeiten als Schuhputzerjungen, in Minen od. Brunnen, wo sie z.B. Kohle od. Wasser ans Tageslicht befördern.



Warum sie dafür besonders geeignet sind und welche Gesundheitsschäden dabei für sie entstehen, braucht wohl nicht weiter erläutert zu werden. Die Kinder haben so kaum eine Möglichkeit zur Schule zu gehen, oder etwas anderes zu lernen.Sie müssen ihre Familie unterstützen und werden später einmal diese Schikanearbeit an ihre Kinder weitergeben.Wenn diese Kinder dann alt werden und irgendwann in Rente gehen ,liegt diese monatl. zwischen 50-100,-DM.Die "Alten" Perus müssen also irgendwie von ihrer Familie unterstützt werden und sich noch etwas dazu verdienen.Das durchschnittliche Sterbealter liegt demzufolge bei 64 Jahren (BRD:77J.).Auch die Kinder- und Säuglingssterblingskeit ist sehr hoch. Sie beträgt bei Säuglingen ca. 5,3% (BRD: 0,7%) und bei Kindern 6,9% (BRD: 0,9%). Das was der Staat dagegen tut, ist relativ gering. Die Menschen haben untereinander ein soziales Netz aufgebaut und helfen sich gegenseitig. Es gibt beispielsweise z.T. Gemeindschaftsküchen und Schulen in den Elendsvierteln, Radiosendungen und Treffen zu den Familienproblemen. Auch haben sich Bauernwehren zur Viehdiebstahlbekämpfung gebildet. Diese liefern die Diebe/-innen nicht an die staatl. Polizei aus. Ihnen wird die Möglichkeit gegeben, sich in den



Dörfern zu integrieren,das heißt dort mitzuarbeiten. Diese bekommen dann Unterkunft und Verpflegung umsonst. Unterstützung kommt auch von den EntwicklungshelferInnen oder der Kirche. Entscheidend ist, daß es auf die Dauer nicht hilft, nur Geld und Lebensmittel zu spenden. Der Bevölkerung muß (auch mit Geldbeiträgen) Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden, damit der Gegensatz zwischen arm und reich verkleinert werden kann. Vor allem muß eine Bewußtseinsbildung des Volkes stattfinden. Ansatzweise wird schon etwas bewirkt von den Frauengruppen, den EntwicklungshelferInnen,der Kirche oder anderen. Bis allerdings die unterdrückte Bevölkerung Perus ihr Leid nicht nur beklagt, sondern sich dagegen wehrt und bis die Großmächte ihre Politik ändern, damit der Trikont aus diesem Teufelskreis herauskommt, wird es noch lange dauern...

No Justice – No Peace ★

Im September endeten mit der Verurteilung Sieglinde Hofmanns die jüngsten Schauprozesse gegen schon inhaftierte RAF-Mitglieder. Das Urteil lautete wie immer: lebenslänglich. Davon betroffen sind Christian Klaar, Rolf-Clemens Wagner, Eva Haule, Heidi Schulz und Sieglinde Hofmann.

Besonders der Prozeßverlauf b.z.w. die Prozeßvorbereitung verdeutlichen mit welchen Mitteln der deutsche Staat versucht Menschen mundtot zu machen, um ihre Idee des kapitalistisch-imperialistischen Systems zu verwirklichen.

Sieglinde Hofmann wurde 1980 in Paris festgenommen, der BRD ausgeliefert und hier wegen der Beteiligung an der Ermordung des Bankiers Ponto und der Mitgliedschaft der RAF zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Nur weil Frankreich Sieglinde mit der Auflage auslieferte ,das Urteil dürfe nicht lebenslänglich betragen, wurde ihr die zweithöchste Haftstrafe zugesprochen, die sie im Mai 1995 in Stuttgart-Stammheim abgesessen hätte. Aufgrund der 1989 legalisierten "Handelsgeschäfte mit der Wahrheit", wie der Publizist und Jurist Gössner in der KronzeugenInnenregelung benennt, war es den InquisitorInnen der Bundesanwaltschaft (BAW) möglich, eine neue Anklage gegen Sieglinde anzustrengen.Vorgeworfen wird ihr am gescheiterten Attentat gegen die BAW im August 1977, an der Entführung und der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer im Herbst 1977 sowie an einem Anschlag auf den damaligen NATO Befehlshaber A. Haig in Belgien beteiligt gewesen zu sein.

Drei Tage vor der Verbüßung der 15 Jahre Haft wurde die Anklageschrift eingereicht und so kam es zur fortwährenden Gefangenschaft -deklariert als Untersuchungshaft.

Die nun von der BAW begonnene Beweisaufnahme weist auf mit welchen fragwürdigen, umstrittenen und verlogenen juristischen Mitteln der Staat sein politisches Ziel zu erzwingen versucht und oft auch erreicht: die Zersprengung aller linksrevolutionären und linksalternativen Kräfte.

Ermöglicht wurde die neue Anklageschrift durch die Kronzeuginnenregelung, welche eine verkürzte und vergünstigende Haftverbüßung für diejenigen, die aus der RAF aussteigen, mit dem Staat

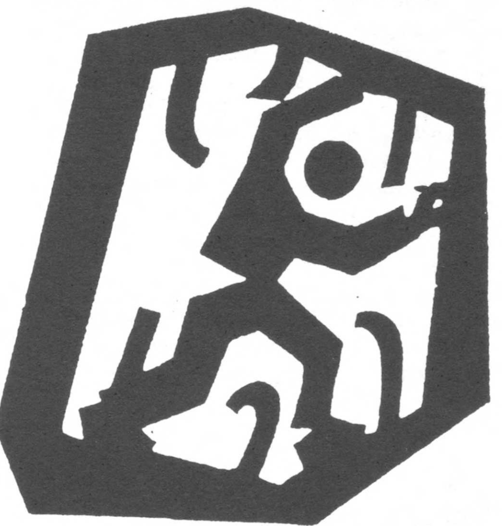


zusammenarbeiten und den Machthabenden Aussagen darbieten, Sachverhalte und Vorgänge aufklären sollen und damit andere Beteiligte belasten. Nicht nur durch Folter kann der Verrat nun erpresst, sondern auch durch Belohnung erreicht werden. Daß solche Aussagen nur zweifelhaften Wert haben, zeigen mehrere Vorgänge, die sich in jüngster deutscher Geschichte abspielten; viele verlockten solche Angebote, falsche Aussagen zu formulieren, um wenigstens ein Stück Freiheit genießen zu können: Es stellte sich heraus, daß der Kronzeuge Siegfried Nonne, der Fahnder nach dem Herrhausen-Attentat zur RAF führen sollte, falsche Aussagen tätigte und sie schon bald widerrief, weil er angab, vom Staatsschutz erpresst worden zu sein. Auch der Kronzeuge Walter Loos, dessen Aussage 1981, 50 Personen in Frankfurt beschuldigte, die "terroristische Vereinigung Schwarzer Block" gebildet zu haben, zog seine Aussage zurück und erklärte, sie seien nur unter Druck entstanden und außerdem habe er von der Polizei "Prügel bezogen". Um eigener Freiheit willen können falsche Beschuldigungen nie ausgeschlossen werden und sind vorprogrammiert. Die KronzeugInnen, die nun gegen Sieglinde aussagten, haben großzügig profitiert. So wurde Silke Maier-Witt z.B. schon nach fünf Jahren Knast entlassen, weil sie aussagte, Sieglinde hätte den Kinderwagen - in ihm waren die Waffen versteckt - bei der Schleyer-Entführung geschoben ,nahm die Behauptung allerdings später zurück und erklärte, es sei nur eine Vermutung gewesen, die sie deshalb so formulierte, um den Verdacht von sich zu schieben; sie wolle den Rest ihres Lebens nicht in einem Knast verbringen, sondern möglichst in Freiheit leben.

Eine weitere übliche Vorgehensweise der deutschen Justiz, ist die "Substraktionsmethode", ein Ausschlußverfahren nach dem die BAW erhofft, Rückschlüsse ziehen zu können, wer welche Tat begangen hat, da die KronzeugInnen, welche aussagen, niemanden direkt belasten werden. Sie klären , wer welche Tat nicht begangen hat, mit diesen Aussagen sieht die BAW es als erwiesen an, daß diejenigen RAF- Mitglieder, die nicht genannt wurden, jene Tat begangen haben.KronzeugInnen gegen Sieglinde waren Peter-Jürgen Bock, Werner Lotze, Susanne Becker, Silke Maier-Witt, Siegried Friedrich, und Ralf Babtist Friedrich.

Der Prozeß gegen Sieglinde hatte wie die anderen Prozesse keinen anderen Zweck, als den noch nicht gebrochenen RAF-TerroristInnen das obligatorische "lebenslänglich" zu verpassen. Das Urteil stand schon mit der Anklageschrift fest und war kein Ergebnis juristischer Auseinandersetzungen. Es war ein politischer Schauprozeß, dessen Kulisse das Oberlandesgericht Stuttgart war, die das Mittel der Abschreckung hervorheben sollten. So versucht der Staat linksalternative Lebensformen zu zerstören. Dem müssen wir durch solidarischen Kampf entgegentreten.

Mit lieben und solidarischen Grüßen an alle linksrevolutionären Gefangenen!



Kurz und Schmerzhaft



LAUCK TO HELL!

Am dem 5.9.1995 wurde der us-amerikanische Neonazi Gary Lauck von Dänemark nach Hamburg ausgeliefert. Lauck ist offizieller Führer der NSDAP/AO, und war in erster Linie für den Postvertrieb im Netz dieser in Deutschland illegalen Partei zuständig. Er war sowohl für die Verschickung von faschistischem Propagandamaterial verantwortlich, als auch der Herausgeber der NSDAP/AO Zeitschrift "NS Kampfruf".

Gegen Lauck laufen seit zehn Jahren Ermittlungen. So fand am 9.5.1996 der erste diesbezügliche Prozeßtermin statt. Um 8^{00}h trafen sich ca. 100 AntifaschistInnen an der U-Bahn Feldstraße, um von dort aus in einem Demozüglein zum Gericht zu gehen. Dort trafen sie zunächst auf drei Faschisten, die sich später auf ca. 15 aufstockten. Auch die Presse war ungewöhnlich stark vertreten. So war der Pressetenor dann auch: "Aufrechte Bürger und Bürgerinnen vereinigten sich vor und im Justizgebäude gegen den durchgeknallten Einzeltäter Gary Rex Lauck."

Es ist durchaus möglich, daß es bei den weiteren Prozeßtagen zu stärkerer Präsenz der Faschisten kommen könnte. Also: Haltet die Augen auf!



WEG MIT DEN ABSCHIEBEKNÄSTEN

Am 26 Mai 1993 wurde vom deutschen Bundestag das Grundrecht auf Asyl quasi abgeschafft. Seitdem sind Sammellager und Abschiebeknäste mehr und mehr feste Bestandteile bundesdeutscher Realität geworden. Den rassistischen Sondergesetzen gegen Flüchtlinge wird von der Öffentlichkeit kaum noch etwas entgegengesetzt, Rassismus wird als gesellschaftliches Element hingenommen oder sogar aktiv praktiziert.

Anläßlich des dritten Jahrestages der Grundgesetzänderung findet am 26. Mai 1996 um 12^{00}h eine Demonstration am Abschiebeknast Büren statt. Dieser ist der größte Abschiebeknast der BRD.

AUF ABSCHIEBUNGEN UND DIE RASSISTISCHE POLITIK, DIE DAHINTER STECKT KÖNNEN (UND WOLLEN WIR AUCH!) VERZICHTEN!

GRENZEN AUF!

"GIVE THE FASCIST MAN A GUNSHOT!"

Am Vormittag des 30. Augusts 1995 fand am Landgericht Hamburg ein Prozeß gegen die Betreiber des "Nationalen Infotelefons Hamburg" (NIT) statt. Verteidiger dieser war der Nazi-Anwalt Jürgen Rieger. Nach dem Prozeß erreichten einige Antifas, daß sich Rieger ein wenig unpässlich fühlen mußte und so ein Hospital aufsuchte. (Tja, dumm gelaufen Rieger!) Komisch, irgendwie war plözlich auch sein Aktenkoffer verschwunden, aber wer aus einem Prozeß kommt, hat ja wahrscheinlich nichts wichtiges bei sich.

Bis hierhin ist die Geschichte ja eigentlich ganz schön und nett; leider wurde kurze Zeit später ein mutmaßlicher Täter verhaftet und sofort für zwei Wochen in U-Haft gesteckt. Der Koffer tauchte zwar zwischenzeitlich wieder auf, doch am 16.4.1996 fand

der Prozeß gegen den Verdächtigen im Strafjustizgebäude am Sievekingsplatz statt. Troz Erststrafe lautete das Urteil: 15 Monate ohne Bewährung. Doch es wird in die Revision gegangen, welches wohl aber erst im nächsten Jahr stattfinden wird. Bis dahin ist die Strafe ausgesetzt.



...UND MAL WIEDER REPRESSION

Wahrscheinlich Anfang Juni beginnt der Prozeß gegen 17 Personen wegen Mitgliedschaft in der Autonome Antifa (M) aus Göttingen vor der Staatsschutzkammer Lüneburg. Bisher sind 114 Verhandlungtage bis April 1997 angesetzt. Der Antifa (M) wird vorgeworfen eine "kriminelle Vereinigung" nach § 129 (siehe Seite) zu sein. Es ist das erste Mal, daß eine antifaschistische Gruppe mit legaler Konzeption (Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit) dermaßen massiv von der staatlichen Repression betroffen ist. Es läßt sich die Vermutung anstellen, daß dieser Prozeß eine Art Präzidenzfall darstellen soll, um in Zukunft auch das Antifa-Spektrum noch weitgehender kriminalisieren zu können. Dies wäre ein weiterer Schritt staatlicher Repression, wo allerdings nicht mit einem Ende zu rechnen sein wird.

Mehr hierzu wird in der nächsten Ausgabe - welche bestimmt in gar nicht allzu langer Zeit erscheinen wird - des Antifa Jugendinfos zu erfahren sein.

...UND NOCH MEHR REPRESSION

Auch bei der wiederauferstandenen Anti-AKW-Bewegung beginnen staatliche Kriminalisierungen: Am 3.4. wurden die Geschäftsräume der "Buchhandlung im Schanzenviertel" durchsucht. Anlaß war die Broschüre "55 Millionen plus X", herausgegeben von der Republik Freies Wendland". Dieser wird vorgeworfen, geeignet zu sein, um zu Straftaten aufzurufen. Auch die April-Ausgabe der Info-Zeitung aus der roten Flora "Zeck", ebenso wie eine Ausgabe der "radikal" Nr.151 wurden beschlagnahmt. Wegen der Broschüre "55 Millionen plus X" fab es auch im "Buchladen Osterstraße" eine Durchsuchung. So schlägt der staatliche Kriminalisierungeifer mal schnell den Bogen zwischen verschiedenen linken Schwerpunkten, also haben wir es eigentlich praktisch mit der Kriminalisierung jeglicher Art linken Widerstandes zu tun.







1. MAI 1996 ... KAMPF IST DER RUF DES 1. MAI

Sowohl die Demo am Vormittag, als v.a. auch die Stimmung am Abend waren dieses Jahr sehr mau.
Zwar gab es einen relativ großen Internationalen Block, der sich zu großen Teilen aus ausländischen DemonstrantInnen zusammensetzte, und sogar das Schwenken von PKK-Fahnen wurde von den Staatshütern ohne einzugreifen hingenommen.
Auf dem Rathausmarkt verstreute sich dann aber alles mehr oder weniger, die Wege zwischen etlichen Buden und Ständen waren zufälligerweise so eng gelegt worden, daß es nicht möglich war mit Großtransparenten geschlossen weiter in den Tumult des DGB-1.Mai-Zaubers durchzudringen. Das anfänglich geplante Alsterschppern und der Fahrradkorso wurden trotz ihrer doch so kämpferischen Ausdrucksweise nicht in die Tat umgesetzt - Schade!
Das Wort hatte dieses Jahr allein und ausschließlich Vorsitzender des DGB Herr Pumm, der auf dem Rathausmarkt angehaucht wiedersprüchlich kundtat, was denn die Kritik an Sparpolitik sei bla, bla, bla.
In diesem Sinne: SCHLUß MIT DER BUNDISKUNGELEI, KAMPF IST DER RUF DES 1. MAI!

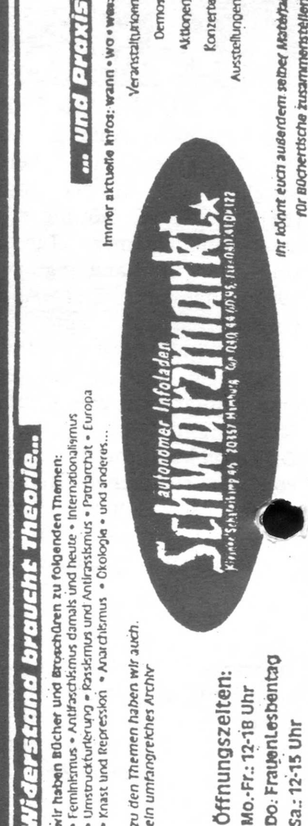


Der Abend zeigte sich ebenfalls als äußerst unspektakulär: Sogenannte Autonome saßen entweder in ihrer Stammkneipe und starrten betrübt in ihr Bierglas oder es wurde sich zuhause die Übertragung aus Berlin mit frustriertem Blick angesehen. Selbst ein Soundsystem am Platz des letzten berühmt berüchtigten 1. Mai-riots konnte die Sogenannten nicht mehr aus ihren Löchern der Resignation locken. An dieser Stelle solidarische Grüße an die OrganisatorInnen des Soundsystems, wir waren da!
Doch trotzdem gilt nach wie vor:
wann, wenn nicht jetzt
wer, wenn nicht wir!!!

WERDEN SIE HELLHÖRIG, WENN DIESE BEGRIFFE FALLEN:

Bäsie	Baseballschläger
Butterfly	Klappmesser
Gasa	Gaspistole
Nun-Chaku	Zwei mit einer Kette verbundene Schlaghölzer
Gras	Marihuana
Teil	LSD-Trip
Piece	Haschischportion
Saft	Codeinsaft
Guarana	Coffeintabletten
Umfausten	Verprügeln
Klatschen	Prügeln
Glatze	Skinhead (dt. „Glatzkopf")
Fascho	Rechtsradikaler
Hool(igan)	Gewaltbereiter Fußballfan
Antifa	Linksradikale Bewegung

Solche Begriffe im ständigen Sprachgebrauch lassen auf Kontakte zu Drogenabhängigen oder Jugendbanden schließen. Sprechen Sie Ihr Kind in Ruhe darauf an. Vielleicht benötigt es gerade jetzt Ihre Hilfe.





WENN SIE VON FRIEDEN REDEN; MEINEN SIE KRIEG!

Am 3. und 4.6.1996 tagt im Hotel Interconti in Berlin der Ministerrat der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten.

Bei der Bekämpfung des möglichen "Feindes von außen" gilt das eigentliche Interesse der Sicherung des "wirtschaftlichen Wohlstandes aller Mitglieder". Hieraus wird deutlich, daß es um kapitalistische sowie durchaus auch imperialistische Ziele geht, um die Abhängigkeitsverhältnisse und damit hegemoniale Stellung der NATO-Staaten zu sichern. Auch die BRD schaltet sich mehr und mehr aktiv in diese Vorgehensweisen ein.

Um der Politik der NATO sowie der neuen Großmachtpolitik der BRD etwas entgegen zu setzen, wird es am 3. Juni eine Demonstration gegen diese Tagung in Berlin geben, die auf dem dortigen Adenauerplatz um 17^{00}h beginnen wird.

Hoch die internationale Solidarität!
Kein Friede mit dem Imperialismus!



ANTIFASCIST ACTION!

In Anlehnung an das Nazi-Treffen in Hetendorf (siehe Seite) soll es am 1. Juni eine Antifa-Demo in Hamburg geben. Sie führt an Wohnungen bzw. Büros diverser faschistischer Organisationen sowie der Burschenschaft Germania vorbei.

Also: We don't need the armchair-revolutionairy!

Kommt zur Demo am 1.6. um 12^{00}h am Eppendorfer Baum!

807 JAHRE HAFEN - 51 JAHRE BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Dies war die Überschrift des Flugis, das am 11.05.1996 auf dem Hafengeburtstag an umhertrottende BesucherInnen fleißig verteilt wurde. Der Aufhänger waren zur Schau gestellte Kriegsschiffe vor denen zwei Transpis mit der Aufschrift "8. Mai 1945: Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen - 8. Mai 1996: Von deutschem Boden geht Krieg aus - Hamburg Ausfalltor zur Welt" und
"- Abschaffung der Bundeswehr
- Auflösung der NATO und WEU
- Stopp von Rüstungsproduktion
- Schluß mit dem Sozialkahlschlag und der Lohndrückerei"
standen. Dies sollte ein Gegenbild zu dem ach doch so harmonisierenden Hafenschaubild darstellen. Ziel der Aktion war es aufzuzeigen, daß Kriegsschiffe bei Currywurst-Mampf-Atmosphäre nur dazu dienen, Bundeswehreinsätze so zu legitimieren, das sie den Bürgers letzlich als normal, ja sogar berechtigt und notwendig unter dem Humanitäts-Deckmäntelchen erscheinen, was ihnen ja in allen Bereichen v.a. durch die Medien auch eingebleut wird. (Was hinter Bundeswehreinsätzen und zunehmender Remilitarisierung wirklich steht - lest es in der nächsten superduften Jugendinfo Ausgabe. To be continued......)

Außerdem wurde in diesem Zug, daß damit direkt verbundene Thema Sozialkahlschlag und Lohndrückerei angesprochen; das Vorgehen der Bundesregierung ist in einem Satz so darzustellen: Aggressiv nach außen - repressiv nach innen.



an den Gouverneur von Pennsylvenia

(Wir fordern/ ich fordere Sie auf, Mumia Abu-Jamal nicht hinzurichten, sondern ihm ein faires neues Verfahren zu garantieren und ihn sofort freizulassen!
Wir fordern/ ich fordere die Abschaffung der Todesstrafe!)

Governor of Pennsylvenia
Mr. Ridge
Main Capitol Building
Room 225
Harrisburg, PA 16652
USA
Fax: 001-717-783-3369

We/I urge you not to execute Mumia Abu-Jamal, but to ensure him a fair retrial and to release him immediately!
We/I demand the abolition of the death penalty!

an den Justizminister von Pennsylvenia

The Chief Justice of Pennsylvenia
Robert N.C. Nix, Jr.
Supreme Court of Pennsylvenia
Suite 500, The Widener Building
1 South Pennsylvenia Square
Philadelphia, PA 19107
USA

Dear Mr. Chief Justice:
We are writing to you on behalf of Mumia Abu-Jamal, whose case we have closely followed with interest and great concern. We are convinced that he did not have a fair trial in 1982, and are therefore asking the Supreme Court of Pennsylvenia to grant a new trial.
Thank you for your attention to this letter
Sincerely,

an die Justizministerin der USA

The Honorable Janet Reno
Attorney General
Department of Justice
10th Constitution Avenue, N.W.
Washington, D.C. 50530
USA

Dear Attorney General:
Dozens of members of the Congressional Black Congress and members of the Hispanic and Progressive Caucuses have appealed directly to your office for your department's assistance in securing a new and fair trial for Mumia Abu-Jamal. Likewise, traditional civil rights organizations such as the NAACP, the Southern Christian Leadership Conference and the National Rainbow Coalition as well as the European Parliament, the former President of Germany and many other foreign dignitaries have requested your intervention.
In light of the overwhelming evidence of violation of Mr. Abu-Jamal's fedeal civil rights -- both in the original trial and in the current appeals process -- I believe that it is incumbent upon your office, the highest law enforcement and civil rights enforcement office in the United States, to intervene as is appropiate to ensure that Mr. Abu-Jamal's federal civil rights are vindicated. I therefore request that the Civil Rights Division immediately conduct a comprehensive civil rights investigation into this case and seek to guarantee that Mumia Abu-Jamal is not executed while this investigation is being conducted.

Thank you for your immediate attention to this letter.
Sincerely,